
1997 werde ich gemeinsam mit Hongkong nach China zurückkehren

Gespräch mit Han Dongfang über politische Verfolgung und den Aufbau einer unabhängigen Gewerkschaft in China*

Han Dongfang, geb. 1963 in Licen, Provinz Shanxi, arbeitete seit 1984 als Elektromechaniker bei der Eisenbahn. Während der Protestbewegung im Frühjahr 1989 zählte er zu den Gründern der „Autonomen Pekinger Arbeitervereinigung“, der ersten unabhängigen Gewerkschaft in der Volksrepublik China. Nach der brutalen Niederschlagung der Protestbewegung wurde Han Dongfang 22 Monate ohne offizielles Gerichtsverfahren in verschiedenen Gefängnissen festgehalten und erst im April 1991 unter dem Druck internationaler Menschenrechtsorganisationen freigelassen. Als er im August 1993 von einem Krankenhausaufenthalt in den USA zurückkehren wollte, wurde ihm die Einreise in die VR China mit Hinweis auf die Aberkennung seiner Bürgerrechte verwehrt. Seitdem lebt er in Hongkong im Exil. Han Dongfang erhält im Februar 1996 den Bremer Solidaritätspreis,

Frage: Seit 1994 geben Sie von Hongkong aus die Zeitschrift „China Labour Bulletin“ heraus, deren chinesischsprachige Ausgabe bereits eine Auflage von 4000 bis 5000 Exemplaren erreicht. Welche Absicht verfolgen Sie mit der Herausgabe Ihrer Zeitschrift?

* Das Gespräch führte Kerstin Lohse am 20. Oktober 1995 in Hongkong.

Han Dongfang: Für mich ist das wichtigste Ziel, die Rechte der Arbeiter in China durchzusetzen. Momentan gibt es in China weder aus Sicht der Politik, noch der Gesellschaft, noch der Kultur eine Menschenrechtsauffassung. Aus diesem Grunde ist es wichtig, die Idee der Menschenrechte in China voranzubringen. Einen sehr wichtigen Teil der Menschenrechte bilden die Rechte der Arbeiter. Deshalb hoffe ich, auf diesem Gebiet etwas erreichen zu können. Doch in China über die Rechte der Arbeiter zu sprechen, ist besonders problematisch. Alle meinen, daß diejenigen Arbeiter, die sich für ihre Rechte einsetzen, faul sind, nicht arbeiten und nur mehr Geld wollen, daß sie also nur aus persönlichen Interessen agieren.

Fast niemand setzt sich für die Belange der Arbeiter ein. Die allmächtige Kommunistische Partei Chinas (KPCh) kümmert sich nicht um die Rechte der Arbeiter. Chinesische Dissidenten diskutieren zwar innenpolitische Themen wie die wirtschaftliche Entwicklung, eine mögliche demokratische Ordnung oder allgemeiner, wie das politische System Chinas aussehen sollte, aber niemand spricht über die Rechte der Arbeiter. Doch gerade dieses Problem ist sehr wichtig, und man muß sich damit auseinandersetzen. Daher will ich mit dieser Zeitschrift den Arbeitern die Möglichkeit geben, mehr über die eigenen Lebensumstände zu erfahren, damit sie selbst etwas an ihrer Lage verbessern können. Die Regierung propagiert, daß die Arbeiter ein Bewußtsein von „Besitzern“ entwickeln sollen. Ich will den Arbeitern zeigen, daß wer arbeitet, auch Lohn, Arbeitsschutz, bestimmte Arbeitsbedingungen und Sozialleistungen benötigt.

Wie erreichen Sie, daß die Zeitschrift in der VR China gelesen werden kann?

Die Zeitschrift wird auf dem Postweg verschickt. In der Regel kommen Postsendungen von Hongkong nach China problemlos an. Wir haben Adressaten in Fabriken, an die wir die Ausgaben schicken können. Es kann immer mal sein, daß ein Fabrik direkt die Zeitschrift in die Hände bekommt. Aber ich bin sicher, daß die Zeitschrift auch Arbeiter erreicht, die sie dann lesen.

Wie sieht Ihre tägliche Arbeit als Herausgeber des „China Labour Bulletin“ und als Mitarbeiter am „Christian Industrial Committee on China's Labour Movement“ aus?

Ich bin in erster Linie Herausgeber der „China Labour Bulletin“. Aber ich nehme auch an vielen Gesprächen teil. Das ist sehr wichtig, um den Menschen hier in Hongkong und in der ganzen Welt die Lage der Arbeiter in China zu vermitteln. Das Ergebnis meiner zweijährigen Tätigkeit hier in Hongkong ist sehr gut: Die internationalen Medien bringen immer mehr über die Situation der chinesischen Arbeiter. Vor zwei Jahren wurde noch sehr allgemein über Menschenrechte und Demokratie in China berichtet, aber nun wird konkret über die Rechte der Arbeiter diskutiert.

Haben Sie Gelegenheit, im Ausland über die Lage der chinesischen Arbeiter zu berichten?

Ja. Im Moment reise ich oft, um für die Zeitschrift zu recherchieren, oder um an Konferenzen teilzunehmen und über die Lage der chinesischen Arbeiter Gespräch zu führen. Diese Verbindungen mit Gewerkschaften in anderen Ländern sind sehr wichtig. Obwohl in China eine unabhängige Gewerkschaft bisher nicht zugelassen worden ist, beginnen wir, mit der internationalen Gewerkschaftsbewegung Kontakt aufzunehmen.

Wer hat Ihnen am meisten geholfen, als Sie nach Hongkong kamen? Die Regierung von Hongkong, die internationale Gewerkschaftsbewegung oder Freunde?

Die Unterstützung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) war für mich am wichtigsten. Dieser unterstützte alle meine Pläne, auch die Herausgabe der Zeitschrift. Aber von großer Bedeutung war auch, daß mir die Regierung von Hongkong erlaubt hat, hier zu bleiben.

Sie haben nach ihrem Krankenhausaufenthalt ein knappes Jahr in den USA verbracht. Ihre Frau und Ihre beiden Söhne halten sich noch immer dort auf. Könnten Sie sich vorstellen, in Zukunft in den USA zu leben?

Nein, ich möchte in keinem anderen Land leben. Ich lebe hier in Hongkong, damit ich 1997 zusammen mit Hongkong nach China zurückkehren kann. Ich würde mir wünschen, daß morgen früh bereits 1997 ist.

Die chinesische Regierung hat sie 1991 erst freigelassen, als sich Ihr Gesundheitszustand so verschlechtert hatte, daß sie in akuter Lebensgefahr schwebten. Fürchten Sie nicht, daß die chinesischen Behörden Sie bei Ihrer Rückkehr nach China wieder festnehmen könnten?

Darüber denke ich nicht so viel nach. Als ich 1993 aus den USA nach China zurückkehren wollte, hätte man mich sicher auch ins Gefängnis stecken können. Aber ich hatte mich dennoch entschieden zurückzukehren. Ich bin auch jetzt darauf vorbereitet. Falls ich über Juli 1997 hinaus hier in Hongkong bleiben sollte, besteht diese Gefahr genauso. Wenn die chinesische Regierung mir etwas antun will, dann ist das sehr einfach für sie. Aber ich muß hier sein, ich kann Hongkong nicht verlassen.

Warum werden Ihrer Ansicht nach die chinesischen Arbeitsbeziehungen in den letzten Jahren in der Volksrepublik China als so ein sensibles Thema behandelt?

Das ist eine sehr schwierige Frage. Die chinesischen Arbeitsbeziehungen werden immer formaler. Das heißt, wer der Arbeiter ist und wer der Kapitalvertreter, das wird immer offensichtlicher. Auf der ideologischen Ebene will die Regierung jedoch immer noch Kontrolle ausüben. Der Arbeiter ist der Besitzer; dies ist die überholte Position, die von der Regierung vertreten wird. Diese beiden unterschiedlichen Tendenzen fügen sich zu einem er-

schreckenden Bild zusammen. Auf der einen Seite stehen die Anstellungsverhältnisse, die wie im Kapitalismus für die Arbeiter sehr nachteilig sind. Mit aller Kraft wird versucht, die Arbeitskosten zu senken. Da ist es am einfachsten, die Löhne zu drücken, Investitionen in den Arbeitsschutz zu reduzieren und die Sozialausgaben zu verringern. Aber auf der anderen Seite vertritt die Regierung den Standpunkt, daß die Arbeiter die Besitzer sind. Auf diese Weise wird einem der Wind aus den Segeln genommen. Wer selbst Besitzer ist, trägt mit allem, was er leistet, zum eigenen Wohl bei. Deshalb wurde während der letzten zwei Jahre immer häufiger gestreikt und immer mehr Widerstand geleistet. Gleichzeitig hat die Regierung physische Gewalt und ihr gesamtes Kontrollinstrumentarium eingesetzt, um diese Proteste zu unterdrücken.

Das 1992 geänderte Gewerkschaftsgesetz¹ bestimmt, daß es in China nur eine Gewerkschaft gibt. Daher ist es so wichtig, den All-Chinesischen Gewerkschaftsbund (ACGB)² im Interesse der Arbeiter zu nutzen; denn jeder, der eine andere Gewerkschaft gründet, handelt rechtswidrig.

Wo keine Arbeiterorganisation existiert, kann es keine stabilen sozialen Verhältnisse geben. Deshalb verhandeln in anderen Ländern Gewerkschaften und Arbeitgeber, und diese Verhandlungen sind sogar gesetzlich geregelt. In China ist das nicht möglich. Die Rechte der Arbeiter können nur über den ACGB durchgesetzt werden. An diesem Weg hält die chinesische Regierung fest. Deshalb können sich die Arbeiter nicht zum eigenen Schutz zusammenschließen. Jeder steht alleine da, und die Proteste der letzten Jahre waren immer individuelle Aktionen. Wenn ein Arbeiter in der Fabrik zum Beispiel eine Lohnerhöhung will, muß er selbst zum Manager gehen, und eine Erhöhung verlangen.

Man muß die Arbeiter darauf hinweisen, daß ihre Lage immer kritischer wird, und nicht jeder für sich selbst um eine Lohnerhöhung bitten muß, sondern daß alle gemeinsam sich dafür einsetzen müssen. Da gesetzlich keine kollektiven Verhandlungen vorgesehen sind, bietet sich für die Arbeiter eine eigenartige Situation: Keiner sagt etwas; und nur diejenigen, die es nicht mehr aushalten, treten in Streik. In China ist der Weg, über Verhandlungen friedlich zu einer Konfliktbeilegung zu gelangen, von der Regierung versperrt. Und aus diesem Grunde wurde in den letzten zwei Jahren immer häufiger gestreikt. Diese Streiks könnten vermieden werden. Ja, der Großteil aller Streiks könnte vermieden werden, wenn auch nicht alle.

Vertreter des All-Chinesischen Gewerkschaftsbundes und der chinesischen Regierung haben Sie wiederholt als subversives Element bezeichnet und Sie

1 1992 fand eine Revision des Gewerkschaftsgesetzes statt. Demnach muß der All-Chinesische Gewerkschaftsbund die Zulassung unabhängiger Gewerkschaften genehmigen, was de facto bis heute nicht geschah. Im Gegensatz zum vorherigen Gewerkschaftsgesetz von 1950 ist hierin kein Streikrecht vorgesehen.

2 Der All-Chinesische Gewerkschaftsbund (ACGB), 1925 gegründet, ist Chinas offizieller Gewerkschaftsdachverband, der alle Gewerkschaftsaktivitäten koordiniert und verwaltet. Als Massenorganisation der Kommunistischen Partei Chinas ist der ACGB auch für die Propagierung und Interpretation der Parteipolitik gegenüber den Arbeitern verantwortlich. Seit der Revision des Gewerkschaftsgesetzes von 1992, muß der ACGB jegliche Neugründung von weiteren, ihm nicht angehörenden Gewerkschaften genehmigen.

für die internationale Isolation der chinesischen Gewerkschaften seit 1989 verantwortlich gemacht. Wie stehen Sie zu diesem Vorwurf?

Ist das so?

Ja. In der Volksrepublik China ist gerade ein Buch zur siebzigjährigen Geschichte des ACGB erschienen. Sie werden in dem Kapitel über die internationalen Beziehungen des ACGB namentlich erwähnt. Zum einen im Zusammenhang mit der Gründung der illegalen „Autonomen Pekinger Arbeitervereinigung“; zum anderen wirft man Ihnen vor, 1993 auf einer Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation mit finanzieller Unterstützung der USA den ACGB angegriffen zu haben.

Aber die Vorwürfe sind berechtigt. Wenn ich nicht im Ausland diese Funktion wahrnehmen würde, hätte sich die internationale Gewerkschaftsbewegung wahrscheinlich ähnlich wie die internationale Gemeinschaft nach 1989 verhalten. Denn sehen Sie, die westlichen Länder haben inzwischen alle wieder ihre Handelsbeziehungen zur Volksrepublik China aufgenommen. Und auch in der internationalen Gewerkschaftsbewegung zeigen sich andere Tendenzen. Der ACGB arbeitet sehr hart daran, mit einigen westlichen Gewerkschaften gute Kontakte aufzubauen. Und es gibt auch Gewerkschaften, die den IBFG aufgefordert haben, mit dem All-Chinesischen Gewerkschaftsbund wieder Kontakte herzustellen, weil die Chinesische Gewerkschaft mehr als 100 Millionen Mitglieder habe und man sie nicht ignorieren dürfe. Noch wurde dies vom IBFG abgelehnt.

Ich habe immer wieder gesagt: Der ACGB ist keine Gewerkschaft; das ist eine Abteilung der Regierung. Aber es ist schwierig, wenn man alleine kämpft. Die chinesische Regierung läßt mich nicht zurück nach China. Bei Treffen der internationalen Gewerkschaftsbewegung sagt sie dann immer wieder: „Dieser Mann lebt nicht in China. Wie kann er für sich beanspruchen, im Namen der chinesischen Arbeiter zu sprechen!“ Viele fragen mich deshalb, ja, wie kannst Du Tür die Arbeiter in China sprechen? Wie meine Antwort lautet? Tch kann nicht nach China zurückkehren, weil die Regierung mich nicht läßt. Warum läßt sie mich nicht? Weil sie fürchtet, daß alles, was ich sage, im Interesse der Arbeiter ist. Auf diese Weise schützt der ACGB die eigenen Reihen.

Wie groß schätzen Sie die Möglichkeit ein, die chinesischen Gewerkschaften durch internationale Isolation zu beeinflussen?

Ich denke, daß auf offizieller Ebene diese Isolation durchgehalten werden muß, weil es dabei um einen prinzipiellen Grundsatz der internationalen Gewerkschaftsbewegung geht. Der IBFG kann nicht mit jeder Gewerkschaft zusammenarbeiten, ganz egal, was vorher passiert ist.

Aber auf einer anderen Ebene, an der Basis beispielsweise, ist das anders. Wenn die internationale Gewerkschaftsbewegung wirklich den Reformprozeß

unterstützen will, dann kann sie bei den Basisgewerkschaften beginnen. Direkt in eine Fabrik gehen, mit der Gewerkschaft in konkreten Ausbildungsprojekten zusammenarbeiten, sie beispielsweise darauf vorbereiten, wie man kollektiv verhandelt usw. Das schlage ich den Gewerkschaften in anderen Ländern vor. Aber sie sollten nicht mit der Führung in Peking verhandeln. Damit tragen sie nur dazu bei, daß die chinesischen Arbeiter gebremst werden. Wenn Arbeiter wie ich in einer Fabrik eine unabhängige Gewerkschaft gründen wollen, und die Nachricht hören, daß die Isolation vom Ausland wieder aufgehoben wurde, stellt das einen großen Rückschlag dar. Es hindert sie vielleicht weiterzumachen. Die Isolation dagegen setzt für die Arbeiter ein Zeichen.

Wie beurteilen Sie die gegenwärtigen Arbeitsbeziehungen in der Volksrepublik China?

Die jetzigen chinesischen Arbeitsbeziehungen sind sehr gefährlich. Seit Beginn der Reformpolitik werden die Arbeiter wie Dummköpfe behandelt. Man bezeichnet sie als die Besitzer, aber das Verhältnis zum Manager ist alles andere als gleichberechtigt. Bei der Arbeit haben die Arbeiter das Gefühl, daß sie ohne Würde sind. Sie sehen darüber hinaus, daß viele nach der Pensionierung keine Rente erhalten, und keine Versicherung haben. So sehen sie selbst keine Zukunft.

Die Regierung nutzt eine trügerische Ideologie und bezeichnet Arbeiter als Besitzer. Aber die Arbeiter sind keine Besitzer, sie sind Arbeiter. Sie arbeiten in einer Fabrik, in der der Profit und ihre Arbeit in einem Zusammenhang stehen. Deshalb möchte ich als Arbeiter an dem Gewinn beteiligt werden und das Recht erhalten, meine Meinung in die Fabrik einzubringen. Nur so kann der Enthusiasmus der Arbeiter erhöht werden. Momentan existiert dieser nicht.

Die Arbeitsbeziehungen sind auch gefährlich, weil sie auf die Gesellschaft sehr großen Druck ausüben können. Die Arbeiter verfügen bisher über keine Möglichkeit, die Widersprüche in den Arbeitsbeziehungen zu lösen. Wenn diese Widersprüche immer offensichtlicher werden, nehmen auch Streiks und Proteste zu. Das wiederum beeinflußt die gesamte Gesellschaft. Wer verhandeln will, wird festgenommen. Das Verhältnis zwischen Regierung und Gesellschaft entwickelt sich zu einer Beziehung von Feinden.

Wie bewerten Sie die Maßnahmen der chinesischen Regierung, die in den letzten Jahren im Bereich der Arbeitsbeziehungen ergriffen wurden?

Die Regierung hat jetzt begonnen, einige Maßnahmen zu ergreifen. Das neue Arbeitsgesetz wurde beispielsweise verabschiedet, die Sozial-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung eingeführt und die Krankenversicherung reformiert. Von der Position der Regierung aus gesehen sind dies Maßnahmen, die die Arbeiter sehr begrüßen. Aber ich kann die Art und Weise, wie diese Gesetze angewandt werden, nicht akzeptieren, weil keine gesellschaftliche

Diskussion zugelassen wird. Ganz egal, ob es um die Sozialversicherung oder um die Krankenversicherung geht, es geht um Belange, die von der gesamten Gesellschaft diskutiert werden müssen. Es muß demokratische Entscheidungsverfahren geben. Aber diese Fragen werden von der Regierung entschieden, und sie vertritt im Moment eine Position, die die Unternehmer unterstützt. Es gibt einen Ausspruch von Deng Xiaoping, der soviel heißt wie, Hindernisse, die sich der ökonomischen Entwicklung entgegen stellen, müssen aus dem Weg geräumt werden.

In China sind die Wünsche der Intellektuellen und Arbeiter sowie die Arbeiterverdrossenheit das größte Hindernis für die Entwicklung. Die Regierung ist sich bewußt, daß sie sich nur um die wirtschaftliche Entwicklung kümmert, und grundsätzlich die Arbeitsmarktpolitik außer Acht läßt. Der Großteil der Regierungsmitglieder, die an der Politikformulierung beteiligt sind, teilt diese Auffassung. Zwar gibt es auch einige andere Einflüsse, z.B. von Geschäftsleuten, Kapitalisten - aber nicht von Arbeitern. Die Arbeiter sind nur im ACGB vertreten. Im gesamten Land sind keine Arbeiter beteiligt, wenn über die Wirtschaftspolitik oder die Sozialversicherung entschieden wird. Ich bin froh, daß die Regierung begonnen hat, dieses Problem wahrzunehmen, aber ich bin zugleich entrüstet, weil dem Problem ausgewichen wird, solange Arbeiter nicht beteiligt werden.

Wie bewerten Sie das Gewerkschaftsgesetz von 1992 und das seit diesem Jahr geltende Arbeitsgesetz?

Das Gewerkschaftsgesetz von 1992 ist ein sehr restriktives Gesetz, weil es festschreibt, daß es in der Volksrepublik China nur eine Gewerkschaft geben kann. Dies stand nicht in dem vorherigen Gesetz aus dem Jahr 1950. Gewissermaßen zieht das Gewerkschaftsgesetz die Lehre aus den Ereignissen des Jahres 1989. Es betont, daß es nur eine Gewerkschaft gibt, und gleichzeitig wird das Recht der Arbeiter festgeschrieben, Gewerkschaften zu gründen, die dann vom ACGB genehmigt werden müssen. Wie soll also dieses Recht auf Gewerkschaftsgründung aussehen? Es ist das Recht, der Gewerkschaft beizutreten. Und selbst über diese Freiheit, der Gewerkschaft beizutreten, verfügen die Arbeiter nicht, denn in der Regel gehört jeder Arbeiter automatisch einer Gewerkschaft an. Das Recht, einer Gewerkschaft nicht anzugehören, existiert de facto nicht.

Das größte Problem im Arbeitsgesetz liegt darin, daß den Arbeitern ihr wichtigstes Recht, das Recht auf Streik, genommen wird. Als Arbeitsminister Li Boyong das Gesetz vorstellte, sagte er: „Wenn dieses Gesetz so verabschiedet wird, kann in unserem Land nicht mehr gestreikt werden“. Wenn Arbeiter nicht in ihren Gewerkschaften vertreten sind, können sie auch ihre Rechte nicht wahrnehmen und nicht kollektiv verhandeln. Und wenn die Gewerkschaften den Streik nicht mehr als ihr letztes Mittel einsetzen können, ganz egal, ob es eingesetzt wird oder nicht, wer wird sich dann um die Belange der Arbeiter kümmern? Der Arbeitgeber macht sich Gedanken um die Gewerk-

schaften, weil er weiß; wenn die Verhandlungen scheitern, wird gestreikt. Wenn er aber weiß, daß nicht gestreikt werden kann, wird er nicht verhandeln.

Natürlich sind im Arbeitsgesetz auch positive Aspekte zu finden: Die Fest-schreibung des Mindestlohns, der gesetzlichen Arbeitszeiten und der Arbeits-schutzbestimmungen für Arbeiterinnen beispielsweise. All dies wird erwähnt, aber nur durch gesetzliche Bestimmungen ohne rechtsverbindlichen Cha-akter geregelt.

Ein Gesetz hat in China immer zwei Bedeutungen: Das Wort und die Realität. So hat der Vorsitzende des ACGB beispielsweise erklärt, daß der Mindest-lohn nicht garantiert werden kann, da die Umstände zu unterschiedlich sind. Wenn man sich anschaut, daß die Gewerkschaftler schon mit dem Mindest-lohn derartig umgehen, dann kann man sich ausrechnen, welchen Nutzen das Arbeitsgesetz hat.

Im Januar dieses Jahres fand in Zhuhai in einer Panasonic-Fabrik ein Streik statt, an dem mehr als 1000 Arbeiter beteiligt waren. Sie forderten die Rechte ein, die ihnen im Arbeitsgesetz zugestanden werden: Mindestlohn und Urlaubsanspruch, „Bald ist Neujahrsfest, und der Chef gibt uns keinen Urlaub. Im Arbeitsgesetz steht aber, daß uns jedes Jahr Urlaub zusteht.“ Als sie streikten, kamen Regierungsbeamte, die Druck auf die Arbeiter ausübten und ihnen mitteilten, daß sie erst arbeiten müßten und dann verhandeln könnten. Am zweiten Tag wurde der Druck so groß, daß die Arbeiter den Streik beendeten. Einige der Arbeiter wurden verhaftet. Die Regierung betonte, daß sie keine Verstöße gegen das Arbeitsgesetz erkennen könne. Das ist also das chinesische Arbeitsgesetz: Die ersten Arbeiter streikten, wollten das Gesetz nutzen, um sich zu schützen, und scheiterten dabei.

Wie groß war der Einfluß der Gewerkschaften auf das Gewerkschafts- und das Arbeitsgesetz?

Die Gewerkschaft nahm wesentlich am Gesetzgebungsprozeß teil. Aber die Frage ist, mit welchem Status. Wenn die Gewerkschaften beispielsweise mit dem Arbeitsministerium die Rechte der Arbeiter verhandeln, dann gibt es in der Gewerkschaft einige Leute, die diese Pläne mitdiskutieren und dabei meinen, die Sache voranzutreiben. Doch das grundsätzliche Recht der Arbeiter auf Mitentscheidung wird nicht gewährleistet.

Die „Autonome Peking Arbeitervereinigung“ entwickelte sich 1989 in den wenigen Tagen ihrer Existenz zu einer Organisation mit rund 20 000 Mitglie-dern. Im „Provisorischen Statut“ wurde - in Übereinstimmung mit der Verfas-sung - eine freie Arbeitervereinigung ohne Kontrolle durch andere Organisa-tionen angestrebt. Halten Sie es für möglich, daß sich erneut Organisationen bilden könnten, die der „Autonomen Peking Arbeitervereinigung“ ähneln?

Ja. Ich halte die Gründung solcher Vereinigungen für sehr wahrscheinlich. Aber ihre Form wird anders sein als die von 1989. Denn die „Autonome Arbei-

tervereinigung" war eine ganz besondere Organisation, die nicht einmal zwei Wochen existierte. Damals war sich niemand wirklich über die Funktion einer regulären Gewerkschaft im klaren. Aber eines wußten wir: „Wir brauchen eine eigene Gewerkschaft". Nur wie sie aussehen sollte, wußten wir nicht. Wir kannten keine anderen Gewerkschaften, wußten nicht, wie man so etwas macht. Wo liegen nun die Unterschiede zu den Arbeitervereinigungen, die entstehen könnten? Sie entstehen vielleicht an der Basis, in einer Fabrik. Sie entstehen vielleicht nicht in Form einer Gewerkschaft, sondern beginnen als Arbeiterprotstc. Die Arbeiter sind unzufrieden, und eine Sache wie die unzureichende Krankenversorgung löst einen Protest aus. Was da Organisation bedeutet? Es geht um eine kollektive Aktion. Wenn es zu so einer kollektiven Aktion kommt, existiert noch keine Organisation. Aber wenn sich diese Aktionen häufen, entwickelt sich ganz von alleine eine Organisation.

ich habe davon gehört, daß sich in Fabriken auf dem Lande Arbeiterorganisationen gebildet haben. Man kann wohl nur schwer sagen, daß es sich dabei um Gewerkschaften handelt. Meinen Sie, daß sich diese Vereinigungen möglicherweise zusammenschließen könnten?

Sie meinen die Geheimgesellschaften und die Landsmannschaften. Ja, man kann sagen, daß diese Vereinigungen den Arbeitern Hilfe leisten können, und daß sie einen Vorteil darstellen. Wenn die Regierung den Gewerkschaften weiterhin eine Entwicklung verwehrt, und auf der anderen Seite solche Geheimgesellschaften und Landsmannschaften bestehen, dann entwickelt sich wie in der Vergangenheit so etwas wie eine Mafia. Denn wenn sich niemand um die Belange dieser Menschen kümmert, dann müssen sie es selbst in die Hand nehmen.

Warum die Regierung eher eine solche Mafia als Gewerkschaften zugesteht? Weil sich leichter Gründe finden lassen, Mitglieder der Unterwelt zu unterdrücken und festzunehmen, die sich für die Interessen der Arbeiter einsetzen, als öffentliche Gewerkschaften zu verbieten. Wenn es sich um öffentliche Gewerkschaften handelt, die die Interessen der Arbeiter vertreten, dann wird es schwierig; denn jeder weiß, daß es nicht rechtswidrig ist. wenn Gewerkschaften Arbeiter vertreten.

Wie schätzen Sie die Entwicklung ein? Werden sich in der nächsten Zeit auf regionaler Ebene und in den Städten mehr Arbeiter in Protesten zusammenschließen? Und wo werden diese Proteste am ehesten stattfinden, in Staats-, Kollektiv-oder ausländischen Privatbetrieben?

Ich denke, daß die Zahl der Proteste stark zunehmen wird. In kleinen Unternehmen mit schlechten Arbeitsbedingungen werden die Widerstände sich am ehesten verstärken. Sowohl in Staatsbetrieben, weil die Arbeiter dort keine Garantie mehr auf eine Lebens ans teil ung haben, als auch in Joint-venture-Unternehmen, weil die Arbeitssituation sich immer mehr verschlechtert und die Arbeitsintensität zunimmt. In beiden Bereichen werden mehr Proteste auftreten, aber die Gründe sind nicht die selben.

Was meinen Sie, wie der Großteil der Arbeiter auf die Veränderungen der Arbeitsbeziehungen reagiert? Wird in den Fabriken mehr Solidarität entstehen, oder denkt jeder nur ans Geldverdienen?

Die Propaganda der Regierung ermuntert momentan jeden, nach Möglichkeiten zu suchen, wie man Geld verdienen kann. So propagiert die Regierung, daß man selbst wählen kann, was man tun will. In der Zeitung werden überall Erfolgsgeschichten gedruckt vom kleinen Arbeiter, der zum Unternehmer aufstieg und eine Million Yuan verdient. Auf diese Weise erreicht die Regierung, daß jeder bei sich denkt, wenn er den Ausweg aus der eigenen Misere nicht schafft, liegt es an ihm selbst, weil andere es ja auch geschafft haben. Als ich selbst Arbeiter war, bin ich zu meinem Direktor gegangen und habe mit ihm gestritten. Und früher war es so, daß jeder Arbeiter nur die eigene Sache vortrug. Aber jetzt handelt es sich um eine Gesamtkrise. Wenn heute einer eine Forderung stellt, dann geht es einerseits um seine Anliegen. Doch wenn er sich dann mit den anderen Arbeitern darüber austauscht, was man tun könnte, werden die anderen denken: „Ja. Das geht mir auch so!“ Möglicherweise werden sie dann auch aktiv. Diese Tendenz zu kollektiven Aktionen wird sich in den nächsten Jahren immer deutlicher zeigen. Obwohl diese Aktionen illegal sind, werden sie sich in der Praxis nicht unterdrücken lassen.

Meinen Sie, daß eine Arbeiterbewegung eine Chance hat, oder ist die Arbeiterschaft zu gespalten?

Momentan besteht da ein Widerspruch. Einerseits leiden die Arbeiter unter einem immer größeren Druck, und auf der anderen Seite wird der Druck von der Regierung auch immer stärker. Der einzelne Arbeiter wird dadurch wütend und unzufrieden. Aber es gibt keine Möglichkeit, sich regulär und öffentlich zu vereinigen. Die Arbeiter haben auch keine Möglichkeit, sich mit der eigentlichen Ursache ihrer Unzufriedenheit auseinanderzusetzen. Ihr Reibungspunkt ist oft der Arbeitgeber oder die Verwaltung, aber eigentlich nicht die Regierung. Doch weil die Regierung eine so starke Kontrolle ausübt, wird die Regierung zu ihrem Gegner. Auf diese Weise wird ein Problem im Unternehmen, und damit ein Problem der Arbeitsbeziehungen zu einem Problem auf staatlicher und gesellschaftlicher Ebene. Wenn sich dieser Widerspruch weiter zuspitzt, wird der Widerstand der Arbeiter größer, und gleichzeitig erhöht die Regierung ihren Druck auf die Arbeiter. So kommt es zu einem Kampf zwischen Arbeitern und Regierung, den beide Seiten fürchten. Möglicherweise verstummt er nach kurzer Zeit. Aber so lange das eigentliche Problem noch nicht gelöst ist, wird dieser Konflikt immer wieder aufkeimen, bis es nicht mehr geht. Deshalb nenne ich die chinesischen Arbeitsbeziehungen eine Zeitbombe. Irgendwann läßt sich der Druck auf beiden Seiten nicht mehr kontrollieren.

Wann meinen Sie, explodiert diese Bombe?

Das wage ich nicht zu sagen. Aber wenn es nochmal zu einem Ausbruch kommt, wird die Regierung ihn nicht mehr mit Gewalt unterdrücken können.

Meinen Sie, daß so lange die Kommunistische Partei die Regierung bildet, der ACGB reformiert werden könnte?

Ja, ich bin der Meinung, daß es zu Veränderungen kommen könnte. Die Arbeiter werden mehr Widerstand leisten. In der Zentrale des ACGB wird sich nichts ändern, aber in den Basisgewerkschaften unter dem ACGB könnte es zu Reformen kommen. In den Fabriken selbst und im Denken der Menschen werden Veränderungen stattfinden. Doch die Führung des ACGB wird nichts verändern, weil sie gleichzeitig der Parteiführung angehört.